

3. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. Juli 2007

Inhalt

Fragestunde

- 1. Mehrkosten Umbau Leibnizplatz**
Anfrage der Abgeordneten Dr. Buhlert, Woltemath und Fraktion der FDP
vom 4. Juli 2007 44

- 2. Auswirkung der veränderten Hausmeister-Arbeitszeitrichtlinie für die Nutzung von Schulturnhallen durch den Sport**
Anfrage der Abgeordneten Fecker, Frau Stahmann, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 5. Juli 2007 45

- 3. Verkehrssicherheit auf der Karl-Carstens-Brücke**
Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Focke, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 5. Juli 2007 47

- 4. Umsetzung der EU-Arbeitsschutzrichtlinie in kommunalen Krankenhäusern**
Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU
vom 5. Juli 2007 49

- Aktuelle Stunde** 51

Entschuldigt fehlt der Abgeordnete Dr. Schrörs.

Präsident Weber**Vizepräsidentin Dr. Mathes****Schriftführerin Marken**

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Rosenkötter** (SPD)

Senatorin für Bildung und Wissenschaft **Jürgens-Pieper** (SPD)

Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa **Dr. Loske** (Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 16.40 Uhr.

Präsident Weber: Die 3. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Medien.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurde interfraktionell vereinbart, den Tagesordnungspunkt 6, Neubildung eines Jugendhilfeausschusses, sowie den Antrag, Drucksache 17/15 S, Einsetzung eines Parlamentsausschusses für Kinder und Jugend, auszusetzen.

Wer mit der interfraktionellen Absprache einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit der interfraktionellen Absprache einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 4 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Mehrkosten Umbau Leibnizplatz**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Buhlert, Woltemath und Fraktion der FDP.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie hoch sind die Mehrkosten, die durch Umbaunotwendigkeiten nach Abschluss der Pflasterarbeiten für den Umbau des Leibnizplatzes angefallen sind?

Zweitens: Wie hat sich die Bauzeit dadurch gegebenenfalls verlängert?

Drittens: Wie will der Senat künftig derartige Planungsmängel vermeiden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Mehrkosten für die Pflasterung in den Überwegen werden, auf Grundlage des Nachtragsangebots des Auftragnehmers, voraussichtlich 80 000 bis 100 000 Euro betragen. Die genaue Höhe der Mehrkosten lässt sich erst nach Vorliegen der Schlussrechnung ermitteln. Die von der Deputation für Bau und Verkehr am 25. August 2005 in der Deputationsvorlage Nummer 16/375 S bewilligten Kosten für die Umgestaltung des Leibnizplatzes in der Bremer Neustadt werden nicht überschritten.

Zu Frage 2: In der zu Frage 1 genannten Deputationsvorlage Nummer 16/375 S wurde die voraussichtliche Bauzeit mit rund 18 Monaten beschrieben. Die Maßnahme ist am 19. September 2005 mit Leitungsverlegungsarbeiten begonnen worden. Eine Fertigstellung war für Ende April 2007 geplant. Nunmehr ist die Maßnahme Ende Juni 2007 fertiggestellt worden, sodass eine Verlängerung der Gesamtbauzeit von 2 Monaten entgegen der ursprünglichen Planung gegeben ist.

Zu Frage 3: Die Baumaßnahme „Umgestaltung des Leibnizplatzes in der Bremer Neustadt“ wurde auf Grundlage eines Planfeststellungsverfahrens mit Planfeststellungsbeschluss vom 5. September 2005 ausgeführt. Im Rahmen dieses Verfahrens wurden auch der ADFC und der Landesbehindertenbeauftragte beteiligt. Die nach Beginn der Bauarbeiten zusätzlich vorgetragene Wünsche und Anregungen wurden während des Planfeststellungsverfahrens weder vom ADFC noch vom Landesbehindertenbeauftragten vorgetragen.

Den über die planfestgestellten Querungshilfen für Radfahrer und Fußgänger hinausgehenden Anregungen des Landesbehindertenbeauftragten und des ADFC wurde mit dem Austausch des Pflasters Rechnung getragen. Hierbei wurde eine wesentliche Qualitätssteigerung der Querungshilfen erzielt. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Herr Kollege Dr. Buhlert, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Buhlert** (FDP): Herr Senator, wie will die senatorische Dienststelle, wie wollen Sie sicherstellen, dass solche sinnvollen Ideen früher einfließen und dass wir nicht wieder Planfeststellungsbeschlüsse haben, die eben diese Belange der Behinderten und Radfahrer nicht berücksichtigen?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich habe mich über den Fall, der ja weit vor meiner Amtszeit lag, genau informiert. Es war so, dass auf den Karten die Beschaffenheit des Pflasters nicht zu erkennen war. Es handelte sich um eine sehr raue Oberfläche, die für Rollstuhlfahrer sehr unangenehm und auch für Radfahrer nicht besonders komfortabel war. Man muss in Zukunft bei solchen Sachen eben in den Karten, soweit es möglich ist, auch schon die Oberflächenbeschaffenheit dieser Steine mit aufnehmen und erklären, damit solche unnötigen Mehrkosten vermieden werden. Sie sind in der Tat unnötig, denn ich hatte ja vorgelesen, dass im Laufe des Verfahrens weder der ADFC noch der Landesbehindertenbeauftragte das moniert hatten, sie allerdings auch nicht wussten, wie die Oberflächenbeschaffenheit dieser Steine ist. Ich würde sagen, es handelt sich hier um einen lässlichen Fehler, der aber nicht wieder vorkommen sollte, darum werde ich mich in meinem Amt bemühen.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. - Herzlichen Dank, Herr Senator!

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Auswirkung der veränderten Hausmeister-Arbeitszeitrichtlinie für die Nutzung von Schulturnhallen durch den Sport**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Fecker, Frau Stahmann, Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Schritte plant der Senat zur Sicherstellung des Sportangebots in den Schulsporthallen aufgrund der veränderten EU-Arbeitszeitrichtlinien für Hausmeister?

Zweitens: Welche Kosten sind für Umbauten, die den Zugang für Abendnutzungen erleichtern, entstanden, und mit welchen zusätzlichen Personalkosten ist zu rechnen?

Drittens: Wie sichert der Senat die Nutzung der Hallen und Schulräume durch Sportvereine, bei denen Umbauten nicht möglich sind?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Jürgens-Pieper.

Senatorin Jürgens-Pieper: Herr Präsident, meine Damen und Herren, verehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Im Hinblick auf die Veränderungen bei der Arbeitszeit der Hausmeister hat der Senat bereits frühzeitig die Sicherstellung der Nutzung der Schulsporthallen während der Schulwochen am Abend und an den Wochenenden eingeleitet. Am 1. Juli 2006 ist die Kooperationsvereinbarung mit dem Landessportbund zur Errichtung und Durchführung eines zentralen Sporthallenmanagements in der Stadtgemeinde Bremen in Kraft getreten. Mit finanzieller Unterstützung des Senators für Bildung und Wissenschaft und des Senators für Sport regelt seither die Organisationseinheit Sporthallenmanagement den Zugang in die Schulsporthallen für die Zeiten, in denen kein Bedarf der Schulen besteht. Wesentliches Element der Vereinbarung ist die Umstellung auf Schlüsselvergabe an Verantwortliche der Vereine, wo immer dies baulich möglich ist. Wegen Fehlens eines separaten Zugangs von außen konnte die Umstellung für 15 von insgesamt 140 Schulsporthallen bisher noch nicht erfolgen. Für diese Standorte suchen die Beteiligten noch eine Lösung.

Zu Frage 2: Für die notwendigen Umrüstungen insbesondere bei den Schließanlagen zur Herstellung eines Zugangs für die Abendnutzung der Schulsporthallen hat der Senator für Bildung und Wissenschaft bisher rund 50 000 Euro aus seinem Budget bereitgestellt.

Für die Ausdehnung der Abendnutzung auf fünf Wochentage in den innenliegenden Sporthallen sowie den momentan vom Sport genutzten Schulaulen und Pausenhallen ist für 36 Standorte mit zusätzlichen laufenden Personalkosten von rund 250 000 Euro zu rechnen, sofern sich nicht noch Optimierungsmöglichkeiten durch das zentrale Sporthallenmanagement ergeben. Eine Kostenschätzung für die Nutzung an Wochenenden und Feiertagen kann nicht vorgenommen werden, da die Bedarfssituation noch nicht erfasst ist.

Zu Frage 3: Die Nutzung auch der Hallen, die nicht umgebaut werden können, und der Schulräume außerhalb der durch Hausmeister und Betriebshelfer für Sicherungsaufgaben zu schulischen Zwecken schon bereitgestellten Zeiten erfordert die Beauftragung weiterer Dienstleister. Die Abdeckung hierfür entstehender Kosten ist noch abzuklären.

Präsident Weber: Herr Kollege Fecker, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Jürgens-Pieper, ich kann davon ausgehen, wenn ich mir anschau, wie engagiert Ihr Haus versucht, dieses Problem zu lösen, dass der Senat den Bedarf des organisierten Vereinssports an Hallenstunden in dieser Stadt sehr ernst nimmt und auch für korrekt erachtet. Ist das richtig?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Das ist nicht nur mein Haus, sondern auch der Senator für Sport nimmt das alles sehr ernst, und wir werden versuchen, wirklich eine Lösung zu finden.

Präsident Weber: Herr Kollege, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Fecker** (Bündnis 90/Die Grünen): Jetzt haben wir noch eine ganz kurze Frage, die sich auf die Höhe der entstehenden Kosten bezieht. Ist der Senat bereit, auch über andere Formen des Schließdienstes, wie es momentan vom Senator für Bildung geplant ist, nachzudenken, insbesondere das Angebot des Landessportbundes anzunehmen, diesen durch eigene Mitarbeiter zu gewährleisten?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich habe gehört, dass es in Gesprächen eine Rolle gespielt hat. Ich habe selbst noch kein Gespräch mit dem Landessportbund gehabt, aber ich halte dieses Angebot für interessant, und wir sollten versuchen, hier zusammen mit dem Landessportbund eine Lösung zu finden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Fecker [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön!)

Präsident Weber: Frau Senatorin, es gibt eine Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Peters-Rehwinkel. Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Ich habe die Frage, wann eine Regelung zu erwarten ist in Anbetracht der Lage, dass dann ja das Problem greift, sobald die Ferien zu Ende sind.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Zum 1. September 2007 greift das Problem, das ist in der Tat so. Insofern ist das der Termin, zu dem eine Lösung da

sein muss, damit wir wirklich auch den Zugang zu den Hallen sichern können.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Wie ist Ihres Erachtens in der Zwischenzeit vonseiten der Vereine mit den Kündigungsschreiben umzugehen? Es wurde mitgeteilt, dass die jetzt nicht mehr möglichen Hallenzeiten von der Liste der Vereine zu streichen sind. Wie wird jetzt mit einem solchen Schreiben umzugehen sein?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Die Vereine müssen davon ausgehen, dass ihre Organisation, der Landessportbund, versucht, mit uns eine konstruktive Lösung zu finden. Wir werden das Finanzproblem unter den Ressorts zu besprechen haben, wir sind nicht allein zuständig für das Ganze, insofern erwarte ich eine gute Teamleistung an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage, Frau Kollegin? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Peters-Rehwinkel** (SPD): Die nächste Frage wäre praktisch so gewesen, wie Sie sich die Kostentragung vorstellen, das soll dann die Teamarbeit sein. Dann nur noch die Frage: Wird beabsichtigt, die Vereine selbst einzubeziehen, was einen Schließdienst in Bezug auf Hallen angeht, die jetzt baulich nicht zu erreichen sind?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Ich kann mir die Lösung eigentlich nicht anders vorstellen, als dass man mit den jeweiligen Vereinen auch versucht, in dem Management Lösungen zu finden. Es hat auch schon Schulleiter gegeben, die das angeboten haben, und ich denke, die Vereine haben eigentlich gute Verbindungen zu den Schulen in den Stadtteilen. Sollte das nicht der Fall sein, müssen wir nachhelfen.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Frau Peters-Rehwinkel [SPD]: Nein!)

Eine weitere Zusatzfrage hat die Abgeordnete Frau Ahrens. Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Welche Lösung streben Sie bezogen auf die Schulhausmeister an, die nun auch finanzielle Einbußen haben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Die Schulhausmeister haben keine finanziellen Einbußen, sondern sind durch diese Richtlinie der EU und den neuen Tarifvertrag sehr gut gestellt worden.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Soweit mir bekannt ist, haben sie Einbußen von bis zu einem Drittel!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Sie meinen diejenigen, die wir - -

(Abg. Frau Ahrens [CDU]: Die Schulhausmeister!)

Sie haben durch die Arbeitszeitrichtlinie eine veränderte Bezahlung bekommen und sind eigentlich besser gestellt worden, und das ist gerade das Problem!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Frau Senatorin, es gibt eine weitere Zusatzfrage! - Bitte, Herr Beilken!

Abg. **Beilken** (Die Linke): Frau Senatorin, bis wann glauben Sie, dass Sie den Vereinen eine Planungssicherheit für ihre Planung ab dem ersten Tag nach den großen Ferien geben können?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Es hängt jetzt von den Gesprächen ab, ich kann Ihnen kein Datum nennen, das tut mir leid. Ich habe gesagt, Enddatum ist der 1. September 2007, bis dahin soll eine Lösung vorhanden sein, darum werden wir uns bemühen.

Präsident Weber: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Beilken** (Die Linke): Die Planung kann nicht erst dann beginnen!

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Jürgens-Pieper: Natürlich nicht, wir sind ja dabei! Es haben auch bereits Gespräche stattgefunden. Es betrifft ja nicht nur die Sportvereine, sondern auch die Kultur, die Volkshochschulen und so weiter.

(Abg. Röwekamp [CDU]: Ihre Zeugin, Herr Präsident!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Verkehrssicherheit auf der Karl-Carstens-Brücke**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Ahrens, Focke, Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Verkehrssicherheit für Radfahrer und Autofahrer auf der Karl-Carstens-Brücke im Zusammenhang mit den gegenwärtigen Bauarbeiten?

Zweitens: Schließt sich der Senat der Position des Beirats Obervieland an, dass die bisherigen Regelungen zum Schutz der Verkehrsteilnehmer nicht ausreichend sind?

Drittens: Welche weiteren Maßnahmen gedenkt der Senat zu ergreifen, um die Verkehrssicherheit auf der Karl-Carstens-Brücke zu gewährleisten?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Dr. Loske.

Senator Dr. Loske: Herr Präsident, meine Damen und Herren, Frau Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Position des Beirats Obervieland wurde dem Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa erst auf Nachfrage beim Ortsamt am 9. Juli 2007 zur Kenntnis gegeben. Die dort beschriebenen Maßnahmen zur Verbesserung zum Schutz der Verkehrsteilnehmer werden zurzeit von der BSAG und dem Amt für Straßen und Verkehr geprüft.

Zu Frage 2: Die vorhandene Verkehrsregelung wurde in Zusammenarbeit mit dem ADFC, der Polizei und dem Amt für Straßen und Verkehr erarbeitet. Zwischenzeitlich wurde die Führung für die Radfahrer durch zusätzliche Führungsmarkierung auf der Fahrbahn und Anrampungen verbessert. Vonseiten der Beteiligten bestehen bislang keine Bedenken zur Verkehrssicherheit.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ich würde mir wünschen, wenn ich drei Fragen stelle, dass ich beim

nächsten Mal auch auf drei Fragen eine Antwort bekomme. Das ist aber nur eine Anmerkung vorab. Was mich interessiert, ist, dass Ihnen oder Ihren Behörden bisher nicht bekannt war, dass es immer wieder Fahrradfahrer gibt, die trotz entsprechender Beschilderung verbotenerweise beide Fahrbahnen überqueren, indem Sie den -

(Abg. Frau Busch [SPD]: Unerhört!)

Moment, das ist wirklich wichtig, weil es absolut gefährlich ist, was hier passiert - geschlossenen Radweg weiterhin benutzen, weil nur vorn eine Abriegelung ist, dann hinten feststellen, dass er gesperrt ist, über beide Fahrbahnen fahren, den Verkehr auf beiden Seiten zum Erliegen bringen, sich aber dabei wirklich in hohe Gefahr begeben und dann auf der anderen Seite das Gleiche machen, um am Holzdammer die Abkürzung nach unten zu nehmen. Das ist mir selbst mehrfach passiert, und ich finde es ausgesprochen gefährlich. War Ihnen dies nicht bekannt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Sie haben nach der Stellungnahme des Beirats Obervieland gefragt. Diese Stellungnahme haben wir eingeholt, weil wir davon gehört haben, sie ist uns nicht zugeleitet worden. Am 9. Juli 2007 hat meine Behörde sie beim Ortsamt eingeholt, und auf der Grundlage führen wir jetzt Gespräche mit der BSAG, mit dem ASV. Es sind verschiedene Maßnahmen bezüglich eines kostenlosen Services für Radfahrer dort aufgelistet. Die BSAG teilt mit, im Moment sei es mit dem Fahrzeugpark, den sie betreiben, nicht möglich, dass man die Radfahrer mit der Straßenbahn hinübertransportiert. Dann gibt es die Forderung mit dem generellen Überholverbot für alle Verkehrsteilnehmer, das prüfen wir eingehend. Es gibt drittens die Forderung, die Beschilderung und die Wegweisung für Radfahrer noch weiter zu verbessern, auch daran arbeiten wir. Wie gesagt, wir wissen von der Sache erst seit vorgestern.

Grundsätzlich ist es natürlich ein Problem, Sie haben ja selbst darauf hingewiesen, wenn es widerrechtliches Verhalten ist, dann ist es ein Verstoß gegen Regulierungen, das kann ich nicht beeinflussen. Aber was wir machen können, ist, es so plausibel und nachvollziehbar zu machen wie möglich. Wenn es erforderlich ist, durch eine verbesserte Beschilderung und Wegweisung für Radfahrer noch einmal darauf hinzuweisen, dann werden wir das tun.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Sie haben recht, es ist natürlich teilweise verkehrswidriges Verhalten, manchmal wird es aber auch einfach durch die örtlichen Gegebenheiten immer wieder zu schwierigen Situationen kommen. Wären Sie bereit, Ihren Kollegen Herrn Senator Lemke aufzufordern oder zu bitten, weitere Maßnahmen zum Schutz der Radfahrer auch in Form von verstärkten Kontrollen durchzuführen, um eben dieses Verhalten sowohl von den Radfahrern als auch von den Autofahrern ein bisschen zu minimieren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Grundsätzlich ist es so, wenn etwas widerrechtlich ist, dann muss es geahndet werden, das ist völlig klar. Aber ich sehe jetzt keine unmittelbare Veranlassung, Herrn Senator Lemke in der Angelegenheit zu irgendetwas aufzufordern. Ich habe gesagt, ich wiederhole es gern noch einmal, wir haben die jetzige Situation ausführlich mit der Polizei, mit dem ADFC und mit dem ASV abgestimmt. Das bedeutet, es ist keineswegs so, dass es hier einen Mangel an Koordinierungen mit den zuständigen Stellen gibt. Der Polizei ist das dortige Problem bewusst, und ich gehe davon aus, dass sie das im Zuge ihrer normalen Tätigkeit auch im Auge behält.

Präsident Weber: Frau Kollegin, haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Eine letzte! Ich kann verstehen, dass Sie sich als jemand, der neu in Bremen ist, natürlich mit den Gegebenheiten vor Ort noch nicht so einhundertprozentig auskennen können, und auch die Stellen - -

(Glocke)

Präsident Weber: Frau Kollegin, Sie leiten Ihre Fragen nie als Fragen ein. Ich bitte Sie doch einmal, die Frage jetzt zu stellen!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wären Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass sowohl die Bevölkerung in Obervieland, die die Karl-Carstens-Brücke täglich benutzt, als auch der Beirat, und zwar alle Fraktionen übereinstimmend, zu der Auffassung gekommen sind, dass es dort ein Verkehrsproblem gibt, dass die Sicherheit der Radfahrer nicht gewährleistet ist, und zu versuchen, alles zu tun, um dem weiter abzuwehren?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Das werden wir! Ich habe gerade vorgetragen, was wir im Moment für konkrete Maßnahmen prüfen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir das jetzt schon in engster Abstimmung

mung mit allen Beteiligten gemacht haben, aber es gibt vielleicht noch zusätzliche Verbesserungsmöglichkeiten.

Präsident Weber: Herr Senator, eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Herrn Dr. Güldner! - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Herr Präsident! Zunächst einmal vielen Dank, dass Sie umgehend die jetzt von der Kollegin beschriebenen Mängel zu beheben gedenken! Meine Frage ist, in welche Amtszeit welchen Verkehrssenators eigentlich die grundsätzliche Planung dieser Verkehrsführung während der Bauzeit fällt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Loske: Ich glaube, das ist bekannt. Es fällt in die Zeit der letzten Regierung, aber trotzdem fühle ich mich natürlich voll und ganz verantwortlich für das, was da jetzt stattfindet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank dafür!)

Wenn es hier Probleme gibt, arbeiten wir daran. Ich meine, es geht um Leben, das ist doch vollkommen klar! Insofern schauen wir ganz genau hin und bedenken, was wir machen können. Aber, wie gesagt, es ist nicht so, dass wir uns etwas ausgedacht haben, sondern wir haben es zusammen mit den organisierten Interessen der Fahrradfahrer, mit der Polizei, mit dem Amt für Straßen und Verkehr geregelt. Insofern kann man bestimmt noch etwas verbessern, aber wir übernehmen hier etwas von anderen, die vor uns diese Aufgabe innehatten.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön! So ist es!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte und damit letzte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die „**Umsetzung der EU-Arbeitsschutzrichtlinie in kommunalen Krankenhäusern**“. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Dr. Mohr-Lüllmann, Röwekamp und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Dr. Mohr-Lüllmann!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Auf welche Weise und in welchem Umfang ist in den kommunalen Krankenhäusern Bremens die Europäische Arbeitsschutzrichtlinie umgesetzt worden?

Zweitens: Hat die Umsetzung der Europäischen Arbeitsschutzrichtlinie zu personellen Veränderungen in den kommunalen Kliniken geführt, oder wird dies in Zukunft der Fall sein?

Drittens: Welche Kosten sind den kommunalen Kliniken durch die Umsetzung der Europäischen Arbeitsschutzrichtlinie entstanden, und wie wirkt sich dies auf die Betriebsergebnisse aus?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Rosenkötter.

Senatorin Rosenkötter: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Abgeordnete, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Arbeitsschutz ist für die Krankenhäuser ein relevantes Thema, das im Sinne der Sicherheit und Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Qualität der zu erbringenden Leistungen einen hohen Stellenwert hat. Arbeitsschutzmaßnahmen wirken präventiv, verhüten arbeitsbedingte Erkrankungen und Unfälle und wirken kostensenkend bezogen auf krankheitsbedingte Ausfälle und erforderliche Entschädigungsleistungen. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat Forschungsergebnisse veröffentlicht, nach denen Präventionsmaßnahmen am Arbeitsplatz sogar gewinnbringend für den Arbeitgeber sein können.

In den Krankenhäusern ist neben den genannten Fragen des Arbeitsschutzes derzeit der Teilaspekt EU-rechtlicher Regelungen zur Arbeitszeit ein zentrales Thema, aus dem sich direkt Auswirkungen auf Personal und Kosten ergeben. Da bei der Anfrage dieses Thema im Vordergrund steht, wird diese ausschließlich unter dem Fokus der neuen Regelungen zur Arbeitszeit beantwortet.

Zu Frage 1: Die Arbeitsschutzrichtlinie wurde in Deutschland durch das Arbeitszeitgesetz und in den kommunalen Krankenhäusern durch Tarifverträge - TVöD, TV-Ärzte - und Betriebsvereinbarungen umgesetzt. In den kommunalen Krankenhäusern Bremens wurden in allen Bereichen mit Bereitschafts- und Rufbereitschaftsdienstzeiten die Arbeitszeiten überprüft und umgestellt.

Zu Frage 2: Die Regelungen haben zu einer Umstellung der Arbeitszeiten und im Ergebnis zu einem Personalmehrbedarf vor allem im ärztlichen Dienst, aber auch im Pflegefunktionsdienst und medizinischen Dienst geführt.

Zu Frage 3: Während der höhere Personalaufwand zu einer Kostensteigerung führt, sind auf der anderen Seite kompensatorische Effekte zu betrachten. Dies sind insbesondere für die Jahre 2003 bis 2009 jährlich ein von den Krankenkassen finanzierter zusätzlicher Betrag bis zur Höhe von 0,2 Prozent des jeweiligen Erlösbudgets beziehungsweise 0,4 Prozent im Folgejahr, wenn zuvor kein Betrag vereinbart wurde. Voraussetzung ist, dass das Krankenhaus sich mit der Arbeitnehmervertretung über die Verbesserung der Arbeitszeitbedingungen schriftlich vereinbart. Weitere Effekte sind geringere Kosten für die Vergütung von Bereitschaftsdiensten/Reduzierung von Bereitschaftsdiensten und die Erhöhung der Wochenarbeitszeit - Ärzte Marburger Bund -, allerdings bei tarifvertraglich vereinbarter Erhöhung der Vergütung.

In welchem Umfang die zusätzlichen Aufwendungen durch die Arbeitszeitregelungen gemäß EU-Richtlinie und Arbeitszeitgesetz im Ergebnis zu Kostensteigerungen führen, lässt sich kurzfristig und zum gegenwärtigen Zeitpunkt - die gesetzlichen Regelungen sind erst am 1. Januar 2007 in Kraft getreten - nicht verlässlich sagen. Eine vollständige Kompensation der Kosten durch die dargestellten Effekte ist jedoch wenig wahrscheinlich, sodass entsprechende Auswirkungen auf das Betriebsergebnis zu erwarten sind. - Soweit die Antwort des Senats!

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Eine Umfrage bei den Aufsichtsbehörden hat ergeben, so konnte man aus der überregionalen Fachpresse entnehmen, dass sich die Ämter auf die Prüfung der Arbeitszeiten vorbereiten. Hat das in Bremen bereits stattgefunden?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Wir haben eine Vereinbarung, dass spätestens im Herbst dieses Jahres alle Krankenhäuser in diesem Bereich zu diesem Thema überprüft werden sollen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Hat es schon Ergebnisse bei ersten Überprüfungen gegeben?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Nein, es gibt noch keine Ergebnisse, es ist mir nicht bekannt.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Sie haben an einer Stelle Ihrer Antwort zwar von dem erhöhten Personalbedarf gesprochen, aber mir ist nicht ganz klargeworden, ob Sie auch wirklich Personal eingestellt haben. Haben Sie überhaupt Personal eingestellt, und wenn ja, wie viel?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Ja! Es ist in den kommunalen Kliniken in einer Anzahl von 15 bis 20 Ärzten Personal eingestellt worden. Darüber hinaus gibt es auch in den Bereichen des medizinischen Dienstes Einstellungen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Also 15 Ärzte in 4 Krankenhäusern?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Pro Klinik!

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): An einer Stelle wurde die Erhöhung der Wochenarbeitszeit erwähnt. Ist das konkret so erfolgt? Mir ist gesagt worden, dass die Betriebsräte dem Vorhaben nicht zugestimmt haben.

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Es handelt sich dabei um die Umsetzung des Tarifvertrags der Ärzte Marburger Bund. Hier hat es eine Arbeitszeiterhöhung von 38 auf 40 Wochenstunden gegeben, die natürlich in der Folge auch einen Teil der Kompensation der Personalmehrkosten ausmacht.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Wie stellt man sich die dauerhafte Finanzierung von neu eingestelltem Personal vor?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Es ist in der Tat so, das habe ich in der Antwort gesagt, dass es hier zu Personalmehrkosten in den einzelnen Krankenhäusern kommen wird. Diese Personalkosten sind, da sie nach dem Abschluss des Tarifvertrages Marburger Bund bekannt waren, in die Wirtschaftspläne 2007 mit eingeflossen.

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mohr-Lüllmann** (CDU): Eine letzte Zusatzfrage! Wie ist denn die Bewerberlage, wenn wir neues Personal einstellen müssen?

Präsident Weber: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Rosenkötter: Es ist so, so höre ich zumindest von einer Klinik der Kliniken, dass nicht alle Arztstellen besetzt werden, aber die Dienste aufrechterhalten werden können und somit die Patientensicherheit gewährleistet ist.

(Abg. Frau Dr. Mohr-Lüllmann [CDU]: Danke schön!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Meine Damen und Herren, mit der Beantwortung dieser Anfrage ist die Fragestunde erledigt.

Aktuelle Stunde

Meine Damen und Herren, für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Damit sind wir für die Stadtbürgerschaft am Ende unserer heutigen Tagesordnung angekommen. Bevor ich schließe, wünsche ich Ihnen allen erholsame Tage! Es waren anstrengende Monate, Wahl, Konstitution und vieles mehr. Wir sehen uns ausgeruht Anfang September wieder.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.07 Uhr)